

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. Norman Paech, Wolfgang Gehrcke, Monika Knoche, Heike Hänsel, Hüseyin-Kenan Aydin, Cornelia Hirsch, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.**

### Weiter verhandeln – Kein Militäreinsatz gegen den Iran

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, weiterhin ausschließlich auf eine friedliche Beilegung des Konflikts um das iranische Atomprogramm auf dem Verhandlungswege zu setzen, sich nicht an der Vorbereitung militärischer Maßnahmen gegen den Iran zu beteiligen und sich, auch gegenüber anderen Regierungen, ausdrücklich gegen den Einsatz militärischer Gewalt und gegen konfliktverschärfende Sanktionen auszusprechen.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die Vereinigten Staaten von Amerika, keine Vorbereitungen für militärische Maßnahmen gegen den Iran zu treffen, die Androhung militärischer Gewalt gegen den Iran zu unterlassen und dem Iran eine Gewaltverzichtserklärung anzubieten.

Der Deutsche Bundestag appelliert an den Iran, die Drohungen gegenüber Israel unverzüglich einzustellen, sich an seine Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu halten und alles zu unterlassen, was zu einer Eskalation des Konflikts um sein Atomprogramm beitragen könnte.

Der Deutsche Bundestag appelliert an alle Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, alles zu unternehmen, um die Einrichtung einer Zone frei von atomaren, biologischen und chemischen Waffen in der Region zu ermöglichen.

Berlin, den 24. Januar 2006

**Dr. Norman Paech  
Wolfgang Gehrcke  
Monika Knoche  
Heike Hänsel  
Hüseyin-Kenan Aydin  
Cornelia Hirsch  
Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

### Begründung

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika schließt im Konflikt um das iranische Atomprogramm den Einsatz militärischer Mittel gegen den Iran aus-

drücklich nicht aus. Schon die Androhung militärischer Maßnahmen verstößt gegen das Gewaltverbot des Artikels 2 Abs. 4 der Charta der Vereinten Nationen und wirkt darüber hinaus als Anreiz zur Beschaffung von Atomwaffen. Das Gleiche gilt für die inakzeptablen Drohungen des Iran gegen Israel.

Durch den Einsatz von Gewalt kann ein Atomprogramm nicht dauerhaft verhindert werden. Die Folgen eines militärischen Vorgehens gegen den Iran wären unkalkulierbar. Die Sicherheit aller Staaten in der Region, einschließlich Israels, würde dadurch nicht gestärkt, sondern geschwächt. Langfristig lässt sich der Gefahr atomarer Waffenprogramme in der Region nur mit einer atomwaffenfreien Zone begegnen.